

08.03.18**Gesetzesantrag**
der Länder Hessen, Bremen

Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts 2013 (StVereinfG 2013)

Der Hessische Ministerpräsident

Wiesbaden, 7. März 2018

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Regierenden Bürgermeister
Michael Müller

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Hessische Landesregierung hat gemeinsam mit dem Senat der Freien Hansestadt Bremen beschlossen, im Bundesrat die erneute Einbringung des dem Grundsatz der Diskontinuität unterfallenden

Entwurfs
eines Gesetzes zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts 2013
(StVereinfG 2013)

- BR-Drs. 92/14 (Beschluss), BR-Drucksache 684/12 (Beschluss) -*

beim Deutschen Bundestag gemäß Artikel 76 Absatz 1 des Grundgesetzes zu beantragen.

Ich bitte Sie, die Vorlage gemäß § 36 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates in die Tagesordnung der Plenarsitzung am 23. März 2018 aufzunehmen und eine sofortige Sachentscheidung herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen
Volker Bouffier

* Von einem nochmaligen Umdruck wird abgesehen.